

31/91

## CDU bleibt stärkste Partei in Niedersachsen

Der Ausgang der niedersächsischen Kommunalwahl bedeutet ein phantastisches Ergebnis für die CDU. Trotz aller anderslautenden Prophezeihungen ist es der CDU eindrucksvoll gelungen, ihre Stellung als stärkste politische Kraft in Niedersachsen zu behaupten. Dazu gratuliere ich den niedersächsischen Parteifreunden sehr herzlich, erklärte Generalsekretär Volker Rühle in Bonn.

Für die SPD bedeutet ihr Abschneiden eine eindeutige Niederlage. Die rot-grünen Regierungsträume in Niedersachsen werden vom Wähler nicht honoriert. Die SPD hat aber auch die Quittung für ihre Heuchelei in der Asylpolitik erhalten. Während die Genossen vor Ort im niedersächsischen Kommunalwahlkampf in der Frage der Asylpolitik teilweise vollständig die Politik der Union unterstützten, stellt sich die SPD auf Bundesebene nach wie vor taub und blockiert jede verantwortliche Lösung. Nach Bremen hat nun auch Niedersachsen erneut gezeigt, daß die Wählerinnen und Wähler immer weniger gewillt sind, die Asylflüchte der SPD hinzunehmen. Wer wie die CDU auch weiterhin das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte als ein Grundrecht unserer Verfassung erhalten will, kann nicht gleichzeitig die Augen davor verschließen, daß dieses Grundrecht systematisch ausgehöhlt wird. Die SPD bleibt aufgefordert, in dieser Frage endlich Farbe zu bekennen. Auch dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder kann nur geraten werden, endlich an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten,

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Wahlen

Klare Abfuhr für die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen. Seite 3 bis 5

#### ● Beschäftigung

Weniger Arbeitslose in den alten und neuen Bundesländern. Seite 6

#### ● Bundespartei

Gemeinsame Tagung der Parteivorstände von CDU und CSU im Kloster Banz. Seite 7

#### ● Innenpolitik

Keine Freifahrt für Kriminelle in Europa. Seite 11

#### ● Steuern

Ergänzungsabgabe wäre ein völlig verfehltes Rezept. Seite 14

#### ● CDU

#### Baden-Württemberg

Mit Zuversicht in den Landtagswahlkampf. Seite 15

#### ● Dokumentation

Das Recht auf Asyl darf nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Warum eine Änderung des Grundgesetzes notwendig ist. Grüner Teil

# Eine Bestätigung unserer Politik

## Helmut Kohl zur jüngsten sowjetischen Abrüstungsinitiative

Ich begrüße nachdrücklich die von Präsident Gorbatschow angekündigte umfassende Initiative zur nuklearen Abrüstung als einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit und Stabilität in Europa.

Die Sowjetunion hat damit die von Präsident Bush vor einer Woche bekanntgegebenen Abrüstungsvorschläge positiv aufgegriffen.

Für Europa ist von besonderer Bedeutung, daß die Sowjetunion bereit ist, die atomaren Gefechtsfeldwaffen abziehen und zu zerstören.

Vor dem Hintergrund der inneren Entwicklung in der Sowjetunion ist ferner

zu begrüßen, daß alle strategischen Atomwaffen einer Verwaltung unterstellt und die strategischen Verteidigungssysteme in eine einzige Waffengattung eingeschlossen werden. Damit ist auch für die Zukunft die zentrale Kontrolle über diese Waffen gewährleistet.

Die jüngste sowjetische Initiative ist eine Bestätigung der Politik der Bundesregierung, die über Jahre hinweg konsequent auf einen gleichgewichtigen Abbau von Rüstungen in Ost und West hingewirkt hat mit dem Ziel, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

anstatt mit heuchlerischen Anschuldigungen und billiger Polemik gegen mich das Versagen seiner Partei in dieser Frage kaschieren zu wollen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, daß durchgreifende Maßnahmen gegen den Asylmißbrauch getroffen werden. Deshalb fordern wir die SPD erneut auf, sich nicht länger zu verweigern und der notwendigen Grundgesetzänderung zuzustimmen.

Das niedersächsische Ergebnis ist nach dem guten Abschneiden der CDU in Bremen aber auch ein weiteres Indiz für den bundesweiten Aufwärtstrend der Union. Nach den neuesten Umfragen wird immer deutlicher, daß dies auch auf die nachhaltig verbesserte Grundstimmung in den fünf neuen Ländern zurückzuführen ist. Es zeigt sich erneut, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und die Union mit

ihrer Politik auf dem richtigen Weg sind. Und es wird immer deutlicher, daß sich die SPD mit ihrer konzeptionslosen und auf Schwarzmalerei getrimmten Politik bei den Wählerinnen und Wählern nicht durchsetzen kann.

## Schutz des ungeborenen Lebens

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Abgeordnete Ursula Männle als Vorsitzende des Sonderausschusses zum Schutz des ungeborenen Lebens nominiert. Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe zum Schutz des ungeborenen Lebens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und somit Sprecherin wurde die Abgeordnete Irmgard Karwatzki gewählt. Der Abgeordnete Hans-Joachim Sopart wurde als Obmann (stellvertretender Sprecher) der Arbeitsgruppe gewählt.

# Klare Abfuhr für rot-grüne Landesregierung in Hannover

Die CDU ist bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen mit 43,1 Prozent im Landesdurchschnitt stärkste Partei geblieben. Angesichts einer schwierigen Ausgangssituation und vor dem Hintergrund wesentlich schlechterer Wahlprognosen ist dies ohne Zweifel ein Super-Ergebnis.

Das bereits überdurchschnittlich gute Abschneiden bei der Bundestagswahl 1990 ist bestätigt, die Zielmarke der verlorenen Landtagswahl ist um 1,1 Prozent überschritten worden. CDU und FDP haben zusammen gegenüber SPD und Grünen eine Mehrheit von über drei Prozent.

Das Schwungrad läuft auf Bundesebene, das zeigten schon die Bürgerschaftswahlen in Bremen, zu unseren Gunsten. Die Union hat alle Chancen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Lösungsvorschläge für drängende Fragen.

In Niedersachsen spielte die Asylpolitik auf der Zielgeraden des Kommunalwahlkampfes eine zentrale Rolle. Für die Menschen in den Städten und Gemeinden sind die steigenden Asylbewerberzahlen ein bedrückendes Thema.

Die CDU hat sich hier um Antworten bemüht, und zwar in aller Differenzierung und sehr moderat in der Wortwahl. SPD und Grüne verweigerten sich hingegen, lehnten eine Grundgesetzänderung ab, forderten statt dessen Sammelunterkünfte, für die allerdings der Bund die Verantwortung übernehmen solle. Das war zu vordergründig und durchsichtig. Aber es waren neben der Asylpolitik auch andere landespolitische Punkte, die in den letzten Tagen vor der Wahl an Fahrt gewonnen haben. Eine Rolle spielte die

verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung, die den Landeshaushalt 1992 mit völlig ungedeckten globalen Minderausgaben und globalen Mehreinnahmen in Höhe von einer Milliarde DM praktisch gegen die Wand gefahren hat.

Hunderte von Schulstandorten sind in Frage gestellt worden, weil man im Flächenland Niedersachsen neben dem gegliederten Schulwesen ein weiteres zweites System, nämlich die Gesamtschulen, etablieren will.

In der Wohnungsbaupolitik ist ein Scherbenhaufen angerichtet worden. Keine 1991 von der rot-grünen Landesregierung geförderte Wohnung wird in diesem Jahr auch fertiggestellt.

Die niedersächsische CDU wird ihre programmatische Arbeit in den nächsten Monaten konsequent fortsetzen. Wie der Landesvorstand beschlossen hat, werden nach dem familienpolitischen Programm nunmehr Bausteinkonzepte zur Umwelt, zur Landwirtschaft, zur Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie zur Schulpolitik fertiggestellt und beschlossen.

Das programmatische Haus der CDU Niedersachsen wird rechtzeitig vor Beginn der Landtagswahlen 1994 stehen.

**Machen Sie mit:**

**Solidaritäts-  
Börse**

**(02 28) 54 42 82**

# Die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 6. Oktober 1991

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Kreistagswahlen <sup>1)</sup>				Gemeinderatswahlen <sup>2)</sup>				
	1991		1986		1991		1986		Diff. 91/86
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	5740051		5574729		4561239		4414185		
Wahlbeteiligung	3922819	68,3	4017467	72,1	3186100	69,9	3242382	73,5	
Gült. Stimmzettel <sup>3)</sup>	3827375		3934325		3116527		3180787		
Gültige Stimmen	11169335		11530562		9120858		9332030		
CDU	4813233	43,1	5301615	46,0	3972293	43,6	4292362	46,0	-2,4
SPD	4487224	40,2	4672100	40,5	3614310	39,6	3659432	39,2	+0,4
Grüne	704653	6,3	619134	5,4	405414	4,4	343459	3,7	+0,7
FDP	654753	5,9	565495	4,9	432872	4,7	391509	4,2	+0,5
DIE GRAUEN	—	—	—	—	579	0,0	—	—	—
REP	85240	0,8	—	—	12548	0,1	—	—	+0,1
NPD	2393	0,0	10615	0,1	1055	0,0	4813	0,1	-0,1
ÖDP	10468	0,1	298	0,0	3158	0,0	121	0,0	—
WGR	392415	3,5	300202	2,6	650329	7,1	580035	6,2	+0,9
Sonstige	18956	0,2	61103	0,5	28300	0,2	60299	0,6	-0,4

<sup>1)</sup> ohne kreisfreie Städte

<sup>2)</sup> kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

<sup>3)</sup> Die Differenz zwischen gültigen Stimmzetteln und gültigen Stimmen ergibt sich durch Mehrfachstimmen

# Die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 6. Oktober 1991 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Kreisstagswahlen <sup>1)</sup>		Gemeinderats- wahlen <sup>2)</sup> 1991		Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen)		Landtagswahl 1990 (Zweitstimmen)		Europawahl 1989	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	5740051		4561239		5760382		5712613		5661261	
Wahlbeteiligung	3922819	68,3	3186100	69,9	4640203	80,6	4263215	74,6	3579790	63,2
Gült. Stimmzettel <sup>3)</sup>	3827375		3116527		—		—		—	
Gültige Stimmen	11169335		9120858		4603385		4216296		3547702	
CDU	4813233	43,1	3972293	43,6	2039668	44,3	1771974	42,0	1272859	35,9
SPD	4487224	40,2	3614310	39,6	1765928	38,4	1865267	44,2	1490456	42,0
Grüne	704653	6,3	405414	4,4	205449	4,5	229846	5,5	296804	8,4
FDP	654753	5,9	432872	4,7	474609	10,3	252615	6,0	207141	5,8
DIE GRAUEN	—	—	579	0,0	28401	0,6	—	—	—	—
REP	85240	0,8	12548	0,1	46934	1,0	62054	1,5	170920	4,8
NPD	2393	0,0	1055	0,0	12747	0,3	8255	0,2	—	—
ÖDP	10468	0,1	3158	0,0	5814	0,1	3603	0,1	10149	0,3
WGR	392415	3,5	650329	7,1	—	—	—	—	—	—
Sonstige	18956	0,2	28300	0,2	23835	0,5	22682	0,5	99373	2,8

1) ohne kreisfreie Städte

2) Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

3) Die Differenz zwischen gültigen Stimmzetteln und gültigen Stimmen ergibt sich durch Mehrfachstimmen

# Weniger Arbeitslose in den alten und neuen Bundesländern

**Im September ist die Arbeitslosigkeit in den alten und neuen Bundesländern weiter zurückgegangen. In den neuen Bundesländern nahm auch die Kurzarbeit weiter ab.**

In den alten Ländern expandierte die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr weiter spürbar: Nach vorläufigen Berechnungen lag die Zahl der Erwerbstätigen im Inland (Inlandskonzept) Ende August mit 29,43 Millionen um rund 895.000 höher als vor einem Jahr. Die hohe Erwerbstätigkeit im Westen trägt auch zur Milderung der Arbeitsmarktprobleme in den neuen Ländern bei. So beläuft sich die Zahl der Pendler aus den neuen in die alten Länder nach Schätzungen mittlerweile auf 400.000 bis 450.000.

Gegenüber dem September 1990 sank die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern um 118.240 (6,8 Prozent) auf 1,609 Millionen. Von Ende August bis Ende September nahm die Arbeitslosigkeit um rund 63.000 ab. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle Erwerbspersonen, lag Ende September bei 5,4 Prozent gegenüber 5,9 Prozent vor einem Jahr.

Die Kräftenachfrage entwickelte sich auch im September lebhaft, ebenso wie die Vermittlung von Arbeitsverhältnissen.

Auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung zeigt weiter deutliche Erfolge. Ende September nahmen hieran 346.300 Arbeitnehmer teil, 13.000 mehr als im Vorjahr.

In den fünf neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins nahm die Zahl der Arbeitslosen um 34.500 auf 1,028 Millionen ab. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber August von 12,1 auf 11,7 Prozent. Die

Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich um 116.300 auf 1,332 Millionen. Im Durchschnitt betrug der Arbeitsausfall rund 57 Prozent.

Der Zugang an Stellenangeboten in den neuen Ländern war im September etwas geringer als im August. Die meisten Stellenangebote dürften wiederum auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entfallen sein. Für eine Wende am Arbeitsmarkt bedarf es weiterhin vermehrter Stellenangebote aus der privaten Wirtschaft.

Zu einer erheblichen Entlastung des Arbeitsmarktes trägt nach wie vor die aktive Arbeitsmarktpolitik bei. In den letzten zwölf Monaten begannen 707.800 Arbeitnehmer eine berufliche Qualifizierung, allein im September mehr als 85.000. Auch die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Tätigen hat einen außerordentlichen Umfang erreicht; sie lag Ende September bei rund 313.000, um 51.200 höher als im Vormonat.

## 20 neue Werke

Die deutsche Kalksandsteinindustrie wird zu den bestehenden sieben Werken in den neuen Bundesländern bis zum Herbst 1992 dort rund 70 neue Betriebe errichten. Die Investitionen für Neubau und Modernisierung werden dafür 500 Millionen DM betragen, sagte Horst Diekmann, Geschäftsführer im Bundesverband Kalksandsteinindustrie. Während in den alten Bundesländern in 133 Werken 2.800 Mitarbeiter beschäftigt sind, arbeiten in den neuen Ländern noch rund 500 Mitarbeiter.

# Gemeinsame Tagung der Parteivorstände von CDU und CSU

Ihre Geschlossenheit betonten die Schwesterparteien CDU und CSU zum Abschluß der gemeinsamen Tagung ihrer Parteivorstände im oberfränkischen Kloster Banz am vergangenen Wochenende. Die beiden Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel, bekräftigten, CDU und CSU müßten gemeinsam stärkste politische Kraft bleiben. Helmut Kohl sieht für 1994 bei weiteren Fortschritten in den neuen Ländern „sehr gute Wahlchancen“ und meinte: „Die Tendenz ist richtig, und die Tendenz ist gut.“

Vor den gut 120 Teilnehmern der ersten gemeinsamen Vorstandstagung von CDU und CSU sagte Kohl nach der deutschen Vereinigung drohe ein Wertewandel, dem die Unionsparteien in den kommenden Wahlkämpfen offensiv begegnen sollten. Die Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 müsse noch intensiver geführt werden. Mit Blick auf die Diskussion aktiver Sterbehilfe in den Niederlanden sagte Kohl in seinem Grundsatzreferat: „Die Dämme, die menschliches Leben schützen, dürfen nicht eingerissen werden.“ Zuvor hatte der CSU-Vorsitzende Waigel verlangt, die Union dürfe bei der neu zu schaffenden Abtreibungsregelung nicht auseinanderdriften. In Übereinstimmung mit der CSU erklärte Helmut Kohl, die Asylproblematik sei das derzeit „dramatischste Thema“. Der Druck auf die SPD in Richtung einer Änderung des Grundgesetzes dürfe nicht nachlassen.

Beide Parteien verurteilten einhellig die Serie von Gewaltakten gegen Ausländer als „eine schlimme Sache“. Indirekt

gaben sie der SPD eine Mitschuld dafür, „denn wer sich dagegen wehrt, notwendige Schritte gegen einen Mißbrauch des Asylrechts zu ergreifen, ist letztlich mitverantwortlich für derartige Auswüchse“, sagte Volker Rühle. Zugleich vertrat er die Auffassung, Deutschland sei „kein ausländerfeindliches Land“.

Helmut Kohl betonte nach der Klausur: „Die Union ist geschlossen. Dies war eine der besten Tagungen, die wir seit langem hatten“. Besonders den Vertretern der CDU aus den neuen Ländern sei bei den Gesprächen am Rande des Treffens ein „Gemeinschaftsgefühl“ vermittelt worden. Für das kommende Jahr lud der CDU-Vorsitzende — noch ohne Ortsangabe — die CSU zu einem neuen Treffen der Parteivorstände ein. Dies sei ein ganz normaler Vorgang zwischen den Schwesterparteien und mache einen Teil mancher Querelen überflüssig. ■

## Jugend und Parlament

Vom 6. bis zum 8. Oktober 1991 fand zum zehnten Male die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ statt. In diesem Jahr sind 450 Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren vom Deutschen Bundestag eingeladen worden. Zum ersten Mal konnte die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Ältestenratskommission für Besucherbetreuung, Ingrid Roitzsch, auch 106 Jugendliche aus den neuen Bundesländern begrüßen. Frau Roitzsch, die die Veranstaltung organisatorisch vorbereitete und leitete, zeigte sich besonders erfreut über die ungezwungene Art, in der die Jugendlichen aus Ost und West aufeinander zuzugingen.

## Umsetzung der Aktion „Asylpolitik“

**Generalsekretär Volker Rühle hatte Mitte September in einem Brief an die Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der CDU in den Gemeindeparlamenten die CDU-Verbände aufgefordert, sich auf örtlicher Ebene mit dem Thema „Asylpolitik“ auseinanderzusetzen (siehe auch UiD 28 vom 19. September 1991).**

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat jetzt eine stichprobenartige Erhebung in 68 Kreisverbänden über den Stand der Umsetzung der Aktion durchgeführt. Die Umfrage ergab, daß in 59 Kreisverbänden entsprechende Aktivitäten überwiegend bereits erfolgt oder aber in Vorbereitung sind. Die Zustimmung zu der Aktion ist in fast allen angefragten Kreisverbänden sehr groß. Selbst in Verbänden, die von der

Verteilung der Asylbewerber nicht so sehr betroffen sind, ist das Thema ganz oben angesiedelt.

Immer wieder wurde von den Kreisverbänden die Notwendigkeit betont, in jedem Fall einen Antrag zur Ergänzung des Grundgesetzes im Bundestag zur Abstimmung zu stellen. Auch dann, wenn eine Zweidrittel-Mehrheit nicht zu erreichen sei. Dieser Schritt sei notwendig, um den Bürgern die Glaubwürdigkeit der Bemühungen der CDU vermitteln und öffentlich deutlich machen zu können, wer die Verantwortung dafür trägt, wenn es nicht zu einer Grundgesetzänderung kommt.

**Das Argumentationspapier, das dem Schreiben des Generalsekretärs beilag, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe des UiD noch einmal als Dokumentation.**

### Zitat

*Ungewöhnliche Maßnahmen waren erforderlich und wurden ergriffen:*

*Ein gewaltiger Geld- und Personaltransfer zugunsten der neuen Länder wurde vom Bund von den alten Ländern vorgenommen.*

*Die Treuhandanstalt bekennt sich zur sozialen Verpflichtung der Marktwirtschaft und vermeidet Massenentlassungen.*

*Die Bundesanstalt für Arbeit unternimmt große Anstrengungen in der Beschäftigungs- und Umschulungspoli-*

*tik, um Hunderttausenden eine befristete Überbrückung ins Arbeitsleben zu vermitteln. Sie erhalten eine Chance, damit sie nicht zu Verlierern der Einheit werden.*

*Erstaunliches ist in diesem einen Jahr in Deutschland bewegt worden. Eine große Gemeinschaftsleistung soll dem Umbruch der Strukturen die sozialen Härten nehmen. Nicht in einer Schaltsekunde, nicht im Sturzflug, aber Schritt für Schritt können nun die neuen Bundesländer gestaltet und aufgebaut werden.*

**Manfred Stolpe in der FAZ vom 28. September 1991**

Norbert Blüm:

# Auch die soziale Einheit nimmt zusehends Gestalt an

**„Nachdem wir die nationale Einheit erreicht haben, sind wir auf gutem Wege, auch die soziale Einheit Deutschlands herzustellen. Dank der Hilfe und Unterstützung vieler nimmt sie zusehends Gestalt an.“ Dies ist nach Auffassung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm das wichtigste Ergebnis einer Sozialbilanz zum ersten Jahrestag der deutschen Einheit.**

Fast über Nacht wurde in den neuen Bundesländern eine funktionierende Sozial- und Krankenversicherung aus dem Boden gestampft, die Arbeitsverwaltung aufgebaut. Daß nach einem Jahr deutsche Einheit der Sozialstaat auch in den neuen Bundesländern so auf- und ausgebaut ist, grenzt an ein Wunder. Durch ihn wird die von den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern erstrittene Freiheit sozial abgestützt und gesichert. Unzählige Helfer aus Ost und West haben daran mitgearbeitet und sich uneigennützig für den Aufbau eines einigen Sozialstaates Deutschland eingesetzt. Die nationale Einheit durch die soziale Einheit zu vervollständigen, bleibt eine der zentralen Zukunftsaufgaben der Politik.

## Arbeitsmarktpolitik

Für die aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern stehen allein 1991 rund 27 Milliarden Mark zur Verfügung. Dadurch werden weit mehr als 1,8 Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Angebote zur beruflichen Weiterbildung

haben sich als sinnvolle Brücken zu neuer Beschäftigung erwiesen.

Unsere Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern ist erfolgreicher, als es selbst kühnste Optimisten angenommen haben. Die Angebote der beruflichen Umschulung und Weiterbildung werden immer stärker genutzt: Mit ca. 550.000 Eintritten in Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung haben wir für dieses Jahr gerechnet. Die Zielgröße ist fast erreicht. Seit Januar 1991 haben 536.000 Menschen eine berufliche Qualifizierung begonnen. Der Anteil der längerfristigen und höherwertigen Qualifizierungsmaßnahmen hat in den vergangenen Wochen deutlich zugenommen.

280.000 Eintritte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — das war die Zielgröße für das ganze Jahr. Ende September werden die 280.000 überschritten sein. Bis zum Ende des Jahres sind wir bei gut 380.000. Mit dieser großartigen Leistung hat Anfang des Jahres niemand gerechnet. Wir stehen zu unserem Wort, den unumgänglichen Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern sozialverträglich abzusichern:

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird im nächsten Jahr weiter ausgebaut: Hierfür wird der Rahmen für Verpflichtungsermächtigungen für AB-Maßnahmen in den neuen Bundesländern um insgesamt drei Milliarden DM aufgestockt. Die Bundesanstalt für Arbeit wird auch im nächsten Jahr die aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumente offensiv einsetzen müssen. Wir können aber auch stärker darauf bauen, daß Kommunen und Län-

der in der Lage sind, Aufträge ohne Hilfe durch ABM-Mittel zu vergeben.

1992 werden im Rahmen des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost drei Milliarden DM zur zusätzlichen Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt. Wir wollen aber nicht nur die Mittel aufstocken. Wir wollen auch, daß die Mittel noch effizienter als bisher eingesetzt werden, d. h., daß mit dem vorhandenen Geld noch mehr AB-Maßnahmen als bisher bewilligt werden können.

Rund 45.000 modellhafte berufliche Weiterbildungsplätze werden mit 470 Millionen Mark gefördert. Seit Juni 1990 sind 128 Weiterbildungseinrichtungen mit 18.000 Plätzen entstanden. Diese Einrichtungen sind auf alle 38 Arbeitsamtsbezirke verteilt. Auch beim Aufbau einer leistungsfähigen Arbeitsverwaltung sind wir ein gutes Stück weitergekommen, mit heute 38 Arbeitsämtern, 159 Nebenstellen und über 24.000 dort Beschäftigten.

## Rentenpolitik

Den Rentnern in den neuen Ländern geht es heute wesentlich besser als vor einem Jahr. Die Renten stiegen innerhalb der zurückliegenden 12 Monate um 66 Prozent. Vier Millionen Rentner profitieren davon. Das nominale Renteneinkommen beläuft sich heute auf durchschnittlich 1.100 Mark.

Mit dem zum 1. Januar 1992 in ganz Deutschland in Kraft tretenden Rentenreformgesetz schaffen wir Rentengerechtigkeit und Rentensicherheit auch in den neuen Bundesländern, mit einer Rentenversicherung und einer Rentenkasse. Der Finanzverbund ist sichtbarer Ausdruck gesamtdeutscher Solidarität. Alle Rentner erhalten dann eine lohn- und beitragsbezogene, lebensstandardsichernde und dynamische Rente. Für viele Rentner bedeutet dies wesentliche Verbesserungen.

Rund 900.000 Witwenrenten werden verbessert und 150.000 erstmals gezahlt. Für etwa 200.000 Versicherte wird ein früherer Rentenbeginn ermöglicht. Die Zahl der Invalidenrenten wird sich durch die Übertragung unserer Erwerbsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeitsregelungen um etwa 50 Prozent erhöhen.

## Antragsstau abbauen

In den letzten zwölf Monaten ist unvorstellbar viel geleistet worden. Sorgen bereitet die Versorgungsverwaltung, die noch nicht reibungslos funktioniert. Gerade Kriegssopfer und ihre Hinterbliebenen, die die Schrecken des Krieges am eigenen Leib erfahren mußten, die in einem totalitären Staat gelebt haben, der die Leiden des Krieges nicht anerkannte, dürfen nicht auf eine ferne Zukunftserwartung verwiesen werden. Deshalb müssen die zuständigen Länder alles dafür tun, den bestehenden Antragsstau möglichst schnell abzubauen. Für das Jahr 1991 sind allein für entsprechende Schulungs- und Beratungsmaßnahmen neuer Mitarbeiter der Versorgungsverwaltung 15 Millionen Mark bereitgestellt worden.

## Engholms Fernbleiben sorgt für Irritation

Die Nichtteilnahme des SPD-Vorsitzenden Björn Engholm am DAG-Bundeskongreß hat zu Irritationen geführt. Der Vorsitzende des DAG-Gewerkschaftsrates, Peter Jansen, sagte, er sei wegen Engholms Absage „stinksauer“. Noch nie habe ein SPD-Vorsitzender den DAG-Kongreß geschwänzt. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Walter Quartier meinte, die Abwesenheit Engholms brüskiere alle sozialdemokratischen DAG-Gewerkschafter.

Johannes Gerster:

# Keine Freifahrt für Kriminelle in Europa

**Am 1. Januar 1993 fallen die Grenzkontrollen zwischen den 12 EG-Staaten weg. Dies führt zunächst zu einem Verlust an Sicherheit: Das Fahndungsaufkommen sinkt. Ein wichtiger Filter zum Aufspüren von Rauschgift fehlt. Der in Grenzkontrollen liegende Abschreckungseffekt entfällt. Die Operationsmöglichkeiten der organisierten Verbrecher, die zu 95 Prozent grenzüberschreitend arbeiten, steigen. Hier entstehen Gefahren, die wir nicht unterschätzen dürfen.**

Der Wegfall der Grenzkontrollen bedarf eines Ausgleichs. Das Ziel: Wir brauchen für die Polizei im Europa ohne Grenzen ähnliche Verhältnisse, wie sie in unserem Bundesstaat mit 16 Ländern inzwischen selbstverständlich sind. Dazu gehören Regelungen für die vereinte Fahndung nach Verbrechern von Dänemark bis nach Italien. Dazu zählen die Verfolgung von Straftätern über Grenzen, die Rechts-hilfe und verbesserte Auslieferungsmöglichkeiten.

Mit anderen Worten: Wir brauchen ein europäisches Sicherheitskonzept gegen die längst international organisierte Kriminalität. Dazu müssen wir gemeinsame Einrichtungen schaffen, wie ein europäisches Kriminalamt, eine europäische Polizeiführungsakademie, europäische Einrichtungen der Polizeitechnik, Kriminaltechnik und Forschung sowie ein europäisches Informationszentrum. Grundlage des europäischen Kriminalamtes wird die europäische Rauschgiftzentrale sein, die sich bereits im Aufbau befindet.

Ich bin sicher: Im Ergebnis werden wir zu einem Zugewinn und nicht zu einem

Abbau an innerer Sicherheit kommen. Gleichzeitig werden wir im eigenen Land alle Anstrengungen unternehmen, um im Kampf gegen die Drogenmafia nicht auf der Strecke zu bleiben. Das Drogenproblem in der Bundesrepublik hat sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1991 weiter verschärft: Noch ist kein Ende abzusehen. Mit der Ausbreitung des Drogenkonsums nehmen Elend und Not in vielen Familien auch weiterhin zu.

Mit schärferen Gesetzen und besseren Handlungsmöglichkeiten für die Polizei müssen wir deutlich gegensteuern. Es ist zwar klar, daß die Polizei das Drogenproblem nicht alleine lösen kann. Insbesondere müssen selbstverständlich auch soziale und gesellschaftliche Ursachen beseitigt werden. Aber gleichwohl bleibt eine wirksame polizeiliche Bekämpfung unverzichtbar.

Aus diesem Grunde hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Rauschgifthandels im Bundestag eingebracht. Dieser setzt Forderungen um, die von unserer Fraktion schon lange erhoben werden.

Mit der Einführung der Vermögensstrafe und des erweiterten Verfalls von Gewinnen aus Straftaten sowie des Straftatbestands der Geldwäsche können die organisierten Verbrecher an besonders empfindlicher Stelle — nämlich am Geld — gepackt werden.

Daneben schaffen wir präzisere Regelungen für die Rasterfahndung und den Einsatz verdeckter Ermittler. Außerdem wird der zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität so wichtige Zeugenschutz verbessert.

# Tourismus bietet gute Chance

**Der Tourismuspolitische Kongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion signalisiert, daß die Union diesem bedeutenden Wirtschaftszweig mit zudem ausgezeichneten Wachstumschancen politisch einen hohen Stellenwert einräumt. Rund 450 Teilnehmer, darunter namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Umweltschutz und Wissenschaft, hat der Unions-Kongreß im Konrad-Adenauer-Haus am 26. 9. 1991 in Bonn zusammengeführt. Erfreulich groß war die Resonanz aus allen fünf neuen Bundesländern.**

Große Zustimmung fand der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, einer der Hauptredner des Kongresses, für seine Einschätzung, daß der rasche Aufbau des Fremdenverkehrs eine gute Chance für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Ländern bietet. In der einzigartigen Kombination von herrlicher Landschaft, schönen historischen Städten, von Geschichte und Kultur liege der besondere Reiz.

Der Verlauf der Saison 1991 gibt bereits einigen Anlaß zum Optimismus. In so begehrten Reisezielen in den neuen Ländern wie z. B. an der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern oder auf der Insel Rügen hat die Nachfrage in diesem Sommer das Bettenangebot schon überstiegen. Noch fehlt es überall an ausreichend Kapazitäten, vor allem an qualitativ guten Angeboten. Das gilt auch für die Gastronomie. An Ideen und Innovationsbereitschaft ist kein Mangel, wohl aber an effizienten Organisationen und der Bereitschaft aller Beteiligten auch zu entsprechendem finanziellem Engagement. Breite Unterstützung erhielt Bundesumweltminister Klaus Töpfer, ein weiterer Hauptredner des Unions-Kongresses, für

seine Aussage, daß Fremdenverkehr und Umweltschutz zusammengehören. Wichtig ist eine Landschaftsrahmenplanung für jede Fremdenverkehrsregion und jeden Fremdenverkehrsort. Notwendig sind auch intensive Schutzzonen ohne jede touristische Nutzung. Ohne erhebliche Anstrengungen im Umweltschutz ist auf Dauer die Attraktivität deutscher Urlaubsregionen nicht zu erhalten.

Schon heute ist der Umweltaspekt für ein Drittel aller Urlauber ausschlaggebend bei der Wahl ihres Reiseziels. Die CDU/CSU-Fremdenverkehrspolitiker werden deshalb politische Hilfestellung leisten, damit noch in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Gütesiegel für umweltfreundliche touristische Angebote zustande kommt. Ziel ist die Entwicklung eines anspruchsvollen, aber zugleich praktisch umsetzbaren Katalogs für ein Gütesiegel. Denkbare Merkmale könnten sein: Abfallvermeidung, Verzicht auf Portionsverpackungen („Frühstücksmüll“), der Nachweis einer sparsamen Energieverwendung, Umweltinformation u. v. m.

Der EG-Binnenmarkt '93, aber mehr noch die Erschließung neuer touristischer Märkte im Osten und Südosten Europas, werden den Wettbewerb verschärfen. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in der Tourismusbranche — Reisebüros, Reiseunternehmen, Hotels und Gaststätten, die häufig als Familienbetriebe geführt werden — wird der Wettbewerb wohl rauer. Wichtig sind daher mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen. Nicht eine Vergrößerung der Urlaubskapazitäten darf die Devise sein, sondern vielmehr eine Verbesserung der Qualität und des Managements im deutschen Fremdenverkehr, so die übereinstimmende Meinung aller Experten.

## Neue Bundesländer für japanische Investoren interessant

Im Wettbewerb der europäischen Standorte um japanische Investoren sind die neuen Bundesländer durchaus konkurrenzfähig. Diese Ansicht äußerte der Präsident des japanischen Komitees für internationale Industriekooperation, Tadashi Itoh, vor Journalisten in Erfurt. Mittel- und langfristig würden sich sicher mehrere japanische Konzerne für Investitionen entscheiden, so Itoh.

Bei den Gesprächen der Delegation des Verbandes der japanischen Großunternehmen unter anderem mit Thüringens Ministerpräsident Josef Duchac (CDU) und dem Geschäftsführer der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH, Lothar Späth, sollen Themen wie Eigentumsverhältnisse, Altlasten, freie Wettbewerbsbedingungen und Infrastruktur erörtert werden.

## Opel zufrieden mit Start in Eisenach

Die Adam Opel AG (Rüsselsheim) ist nach einem Jahr Autoproduktion im thüringischen Eisenach zufrieden. Seit Anfang Oktober 1990 seien mehr als 9.000 Fahrzeuge des Mittelklassewagens Vectra in der Wartburgstadt montiert worden, teilte das Unternehmen mit. Mit einer hohen Qualität hätten sich die Autos aus Eisenach bei den Händlern einen guten Ruf erworben. Mit der Entscheidung, in Thüringen als eine der ersten großen Firmen

## Nachrichten aus den neuen Ländern

schon vor der deutschen Einheit zu investieren, sei ein positives Signal für alle neuen Länder gegeben worden. Viele Investoren, auch Opel-Zulieferer, hätten sich inzwischen ebenfalls in der Region angesiedelt.

## 2,72 Milliarden DM für Verbesserung der Agrarstruktur

Im Haushaltsentwurf 1992 wurden für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes 2,72 Milliarden DM bereitgestellt. Das geht aus der Unterrichtung der Bundesregierung über den Rahmenplan 1992 bis 1995 hervor. 1991 stehen für diese Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe 2,17 Milliarden DM zur Verfügung. Für 1992 haben die Bundesländer bereits einen Bedarf von 3,11 Milliarden DM angemeldet.

## 3.500 Führerscheine am Tag

Im Straßenverkehr der neuen Länder sind derzeit so viele Fahranfänger unterwegs wie noch nie zuvor: Täglich machen insgesamt rund 3.500 Ostdeutsche den Führerschein, teilte der Deutsche Kraftfahrzeug-Überwachungsverein (DEKRA/Stuttgart) in Leipzig mit. Mehr als 400 DEKRA-Sachverständige hätten in den vergangenen

zwölf Monaten über 700.000 Fahrerlaubnisprüfungen abgenommen.

Auch die Zahl der Fahrschulen im Osten ist sprunghaft gestiegen: Derzeit sind dort 5.163 Fahrschulen gemeldet, rund 4.500 mehr als noch im Oktober 1990. In den alten Ländern gibt es insgesamt rund 5.900 Fahrschulen. Vor einem Jahr standen etwa 750.000 Ostdeutsche auf den Wartelisten für eine Fahrerlaubnis. Dieser „Warteberg“ werde bis Ende dieses Jahres abgebaut, hieß es.

## PDS will sich stärker in Kommunalpolitik engagieren

Die SED-Nachfolgepartei PDS will sich verstärkt in der Kommunalpolitik engagieren.

Parteichef Gregor Gysi sagte bei einem Treffen der PDS-Abgeordnetengruppe im Bundestag mit Bürgermeistern in Halle, dieses Feld sei bisher häufig unterschätzt worden.

Bei den Kommunalwahlen vom Mai 1990 in den neuen Bundesländern waren in 305 Gemeinden Bürgermeister mit PDS-Mandat gewählt worden. Nach Angaben von Gysi sind seitdem etwa 130 Bürgermeister aus der PDS ausgetreten. Die Partei habe in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen seit den Wahlen durch Übertritte von Abgeordneten in andere Fraktionen oder durch Rückgaben annähernd 500 Mandate verloren.

## Ergänzungsabgabe ein völlig verfehltes Rezept

Die von der SPD vorgeschlagene Umwandlung des bis zum Juni 1992 befristeten Solidarzuschlags auf die Lohn- und Einkommensteuer in eine 10prozentige Ergänzungsabgabe ist nachdrücklich als völlig verfehltes Rezept zur notwendigen Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft abzulehnen. Mit solchen verteilungspolitischen Maßnahmen würden der Konjunkturmotor gedrosselt, Investitionen erschwert und die Schaffung wie Sicherung von Arbeitsplätzen gefährdet, erklärt MdB Friedhelm Ost, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands, der Europäische Binnenmarkt und der internationale Wettbewerb sind die großen Herausforderungen, denen sich die Unternehmen stellen müssen. Nur wenn der Industriestandort Deutschland attraktiv bleibt, wird er sich in der internationalen Konkurrenz um Investitionen und Arbeitsplätze behaupten können. Bereits heute liegt die steuerliche Belastung von Unternehmen in Deutschland insgesamt deutlich über dem Niveau in anderen Industriestaaten.

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition beschlossenen Schritte zur steuerlichen Entlastung von Betrieben und Arbeitsplätzen sind ein erster wichtiger Schritt zur dringend notwendigen Reform der Unternehmensteuern. Die Verringerung der ertragsunabhängigen Besteuerung stärkt die Investitionskraft und schafft damit die Voraussetzung für die Sicherung und Schaffung von rentablen

Arbeitsplätzen. Dies liegt im Interesse aller Bürger, denn nur eine Fortsetzung des Wachstumsprozesses garantiert die Stabilisierung des Wohlstandsniveaus sowie die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialleistungen.

Die ab 1993 vorgesehene Reduzierung der Steuerlast der Betriebe wird durch den Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen im unternehmerischen Bereich gegenfinanziert. Der Vorwurf der SPD, daß mit diesem steuerpolitischen Schritt eine unsoziale Umverteilung betrieben würde, entspricht nicht den Tatsachen. Die von der SPD vorgeschlagene Ergänzungsabgabe würde bei ihrer Realisierung zu Wachstumsverlusten und damit zu Gefahren für Betriebe und Arbeitsplätze führen.

## IG Metall wirft SPD Mangel an Konzepten vor

Die IG Metall hat der SPD Mangel an überzeugenden Konzepten und wachsende Distanz zur Arbeitnehmerschaft vorgeworfen. In einem Interview in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ äußerte sich der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel „entsetzt“ darüber, daß das Bremer Wahlergebnis die Sozialdemokraten offensichtlich überrascht habe. Das zeige, wie wenig die SPD „Stimmungen, Unsicherheiten, Ängste und Orientierungslosigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen überhaupt noch wahrnimmt“. Es räche sich jetzt auch, daß es die Sozialdemokraten versäumt hätten, den Arbeitnehmern klare und überzeugende politische Alternativen an die Hand zu geben, sagte Zwickel. So hätten die Gewerkschaften mit Recht erwartet, daß die SPD angesichts der großen Chancen der deutschen Einheit neue Konzepte der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand entwickle.

# Erwin Teufel: Mit Zuversicht in den Landtagswahlkampf

Am 4./5. Oktober 1991 fand in Ulm der 31. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg statt. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg wurde Ministerpräsident Erwin Teufel mit 99,5 Prozent der Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg gewählt. Er übernahm damit den Landesvorsitz von seinem Amtsvorgänger Lothar Späth, der nach fast 12 Jahren aus diesem Amt ausschied. Die Delegierten des Parteitages wählten Lothar Späth, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Erwin Teufel, daraufhin einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg.

Weiterhin folgten die Delegierten des Landesparteitages einer Vorgabe des Landesvorstandes auf eine Erweiterung der Führungsspitze der Partei und schufen in einer Satzungsänderung einen weiteren zweiten Stellvertreterposten. Als stellvertretende Parteivorsitzende stehen dem Landesvorsitzenden Erwin Teufel zukünftig die Europaabgeordnete Diemut R. Theato und der Bundestagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende der CDU Nordwürttemberg, Matthias Wissmann, zur Seite. Außerdem berief der Parteitag nach über zwölf Jahren mit dem Bundestagsabgeordneten Volker Kauder aus Tuttlingen wieder einen ehrenamtlichen Generalsekretär.

Der neue Landesvorsitzende, Ministerpräsident Erwin Teufel, rief in einer von den Delegierten mit Ovationen gefeierten kämpferischen Grundsatzzrede alle CDU-Mitglieder dazu auf, „für eine eigenständige, regierungsfähige Mehrheit“ zu arbeiten, denn bei der kommenden Land-

tagswahl gehe es darum, die letzte CDU-Bastion im Westen Deutschlands zu verteidigen. Die CDU müsse sich jetzt zutrauen, eine Wende zugunsten der Union in ganz Deutschland einzuleiten. Die Bürger in Baden-Württemberg hätten keinen Anlaß, sich eine neue Landesregierung zu wünschen.

In Deutschland sind zwei Länder führend, Baden-Württemberg und Bayern. Diese beiden Länder sind „Wohlstandsgelände für die Bürger und Notstandsgelände für die SPD“. Der Bürger in Baden-Württemberg müsse sich darüber klar sein, daß er sich mit seiner Entscheidung auf seinem Stimmzettel entweder für eine „bewährte Regierungsmannschaft“ oder die „Zitterpartei einer Ampelkoalition von Rot, Grün oder Gelb“ ausspricht.

Die Menschen in Baden-Württemberg wissen, wer für die wirtschaftliche Erfolgsbilanz im Land verantwortlich ist. Die Politik der CDU hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, daß die Menschen in diesem Land wirtschaftliche und soziale Sicherheit haben. Durch eine Wirtschaftspolitik, die Verlässlichkeit und Solidarität mit dem Gespür für neue Entwicklungen verbunden hat, durch eine effiziente Forschungsförderung, Technologiepolitik und Mittelstandspolitik. „In all diesen Bereichen gibt es nach Qualität und Quantität nichts Vergleichbares in Deutschland“, so der Landesvorsitzende zu den Delegierten.

Als weitere Zukunftsaufgaben zur Sicherung des wirtschaftlichen Standortvorteils Baden-Württembergs nannte er die Bereiche Umwelt und Verkehr. So sprach sich

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

## RCDS und Senioren-Union wollen Studenten helfen

In einer gemeinsamen Erklärung kündigen der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, und der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christian Schneller, eine Initiative unter

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*

Erwin Teufel für den Ausbau des Stuttgarter Flughafens, die weitere Elektrifizierung von Bahnlinien und die Vernetzung von Schiene und Straße im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs aus.

Als wichtigstes innenpolitisches Reformvorhaben bezeichnete er die Einrichtung einer Pflegeversicherung, wozu alle Beteiligten „kompromißbereit“ sein müßten.

Zur Asylpolitik sagte Teufel, daß in Baden-Württemberg schon alles erprobt worden sei, was ohne Änderung des Asylrechts möglich ist. Aufgrund der vielen Zuwanderungen habe sich die Lage aber nicht entspannt. Deswegen sei eine Änderung der Artikel 16 und 19 GG unabdingbar notwendig.

Nach der Rede des Landesvorsitzenden diskutierte der Parteitag den Entwurf des Grundsatzprogramms „Baden-Württemberg 2000“ und die über 600 dazu eingegangenen Änderungsanträge. Nach ausführlicher Beratung wurde das Grundsatzprogramm für die CDU Baden-Württemberg von den Delegierten einstimmig verabschiedet. Es enthält Perspektiven für eine freiheitliche, humane Gesellschaft, die Würde und Leben des Menschen schützt, den wirtschaftlichen und technischen Wandel in den Dienst des Menschen stellt und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nützt. ■

dem Motto „Generationendialog mit Studierenden“ an:

Angesichts der angespannten Wohnungslage, die insbesondere in Universitäts- und Hochschulstädten deutlich wird, wurde von der Senioren-Union den Studierenden Unterstützung bei der Wohnungssuche zugesagt. An die Orts- und Kreisverbände der Senioren-Union ergeht der Aufruf, wohnungssuchenden Studierenden mit Hilfe der Senioren-Union Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam weisen die beiden Bundesvorsitzenden darauf hin, daß es bereits gemeinsame Aktivitäten von jungen und alten Studierenden gibt, zumal an jeder Hochschule in Deutschland ein bemerkenswerter Anteil älterer Bürger studiert.

## Startschuß für Bau der Erdgasfernleitung Sachsen-Thüringen

Mit der Verlegung des ersten Rohrstranges hat die Wintershall AG (Kassel), Öl- und Gastochter der BASF, den Bau der Sachsen-Thüringen-Erdgas-Fernleitung (Stegal) begonnen. Das Gemeinschaftsprojekt mit dem sowjetischen Erdgaslieferanten Gazprom sei ein wichtiger Baustein beim Aufbau des Wirtschaftsraumes Europa, sagte BASF-Vorstandsvorsitzender Jürgen Strube.

Die etwa 300 Kilometer lange Leitung von der ČSFR-Grenze bis Vitzroda an der hessisch-thüringischen Grenze soll ab Herbst 1992 Industrie und Kommunen in Sachsen und Thüringen mit Erdgas versorgen. Die Erdgasleitung mit einer Jahreskapazität von acht Milliarden Kubikmetern wird rund 800 Millionen DM kosten, wobei der sowjetische Partner seinen Finanzierungsanteil mit Gaslieferungen bezahlen wird.

## Bundesausschuß Europapolitik konstituiert

# Neue und wirksame Instrumente für die EG-Außenpolitik gefordert

In Anwesenheit von Generalsekretär Volker Rühle hat sich der Bundesausschuß Europapolitik der CDU konstituiert. Zum Vorsitzenden wählte der Ausschuß Bernhard Sälzer MdEP, Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zu seinen Stellvertretern die Vizepräsidentin des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung an der Saar, Doris Pack MdEP, und Michael Stübgen MdB, Mitglied des EG-Ausschusses des Deutschen Bundestages.

„Schwerpunkte der Arbeit werden die Vollendung des Binnenmarkts, der erfolgreiche Abschluß der Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union bis zum Maastrichter EG-Gipfel, sowie die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und ihre institutionelle Fortentwicklung sein“, erklärte der neue Vorsitzende Sälzer nach der Sitzung. „Die demokratischen Rechte des Europäischen Parlaments müssen gestärkt und das Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft abgebaut werden.“

Im Hinblick auf die andauernden Kämpfe in Jugoslawien sprach sich der BFA Europapolitik dafür aus, nach dem Scheitern der Friedensmission von Lord Carrington in Jugoslawien den Konflikt durch eine Anerkennung von Kroatien und Slowenien durch Deutschland und möglichst viele andere Staaten der EG zu internationalisieren. Dadurch würde die Möglichkeit eröffnet, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen und wirtschaftliche Sanktionen bis hin zum Embargo gegen Serbien verhängen zu können.

Nach Aussage von Sälzer hat der Bundesausschuß festgestellt, die Krise in Jugoslawien mache einmal mehr deutlich, daß die EG eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik nötig habe. „Der BFA hat wirksame außenpolitische Instrumente im Rahmen der Politischen Union gefordert, die beim EG-Gipfel in Maastricht verabschiedet werden müssen“, betonte der Vorsitzende und bezeichnete insbesondere Mehrheitsentscheidungen im Rat der Außenminister für die äußere Handlungsfähigkeit der EG als „unabdingbar“.

## Erste Beratungsstelle für Frauen in Dresden

Die erste von fünf Beratungsstellen für Frauen in allen neuen Bundesländern hat Bundesfrauenministerin Angela Merkel in Dresden eröffnet. Das mit 6 Millionen Mark auf drei Jahre angelegte Modellprojekt soll Frauen mit kostenloser Information und Beratung helfen, sich in der neuen Gesellschaftsordnung zurechtzufinden und vor allem die alltäglichen Probleme zu meistern.

# Bundesausschuß Entwicklungspolitik konstituiert

## Armutsbekämpfung zentrale Aufgabe

In Anwesenheit von Generalsekretär Volker Rühle hat sich der Bundesausschuß Entwicklungspolitik konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Hans-Peter Repnik MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gewählt. Zu seinen Stellvertretern wählte der Bundesausschuß Anne-Karin Glase, Beobachterin beim Europäischen Parlament, und Dr. Volkmar Köhler MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des deutschen Bundestages.

„Der politische Umbruch in Europa bietet die historische Chance für die weltweite Verwirklichung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten und eröffnet neue Wege für die Lösung der weltweiten Probleme“, betonte Generalsekretär Volker Rühle. „Es wäre falsch, einfach so weiterzumachen wie bisher.“ Rühle forderte die westlichen Industrienationen auf, nun Zeichen zu setzen. Junge Demokratien müßten ermutigt und stabilisiert werden, nicht nur in Osteuropa, sondern auch in der Dritten Welt. Aus diesem Grund käme der bevorstehenden Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Lateinamerika eine besondere Bedeutung zu.

„Wir stehen am Beginn einer neuen Phase der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“ betonte auch der neue Vorsitzende des BFA Entwicklungspolitik, Hans-Peter Repnik. Weiter erklärte er, daß mit dem Abbau der weltweiten ideologischen Gegensätze neue Möglichkeiten eröffnet würden, mit den Entwicklungsländern einen zukunftsweisenden Dialog zu führen. „Demokratische und

marktwirtschaftliche Reformen sind notwendige Voraussetzungen, um in den Entwicklungsländern einen nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erreichen.“

Repnik bezeichnete die Entwicklungspolitik als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Er rief die gesamte CDU auf, sich mit Engagement und neuen Ideen dieser großen Herausforderung stellen. Die CDU fühle sich aufgrund ihres Selbstverständnisses dem Kampf gegen Hunger und Armut, dem Schutz der Menschenrechte und der Bewahrung der Schöpfung besonders verpflichtet. Die entwicklungspolitischen Grundlinien der CDU würden durch den Zusammenbruch sozialistischer Systeme und die Ausbreitung von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft eindrucksvoll bestätigt.

Der Bundesausschuß Entwicklungspolitik erklärte, daß die Armutsbekämpfung die zentrale Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit sei. Auch sprach er sich dafür aus, Entwicklungshilfe in Zukunft nicht mehr zu gewähren, wenn durch Mißachtung der Menschenrechte, Korruption, Rechtsunsicherheit und übermäßige Rüstungsausgaben wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt behindert würde.

In Arbeitsgruppen wird sich der Bundesausschuß speziell mit den Themenbereichen Migration, Handel und Entwicklung, Umwelt und Entwicklung sowie Kultur und Entwicklung befassen. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit werden die zukünftigen Gestaltung einer europäischen Entwicklungspolitik sowie der Dialog mit den Kirchen sein.

„Wir halten zusammen!“  
 Unter diesem Motto geht die Junge Union Deutschlands nun daran, nach der Vereinigung der JU-Verbände die Schlagkraft der Jungen in der Union in den neuen Bundesländern auch organisatorisch sicherzustellen. Mit einer Reihe von Veranstaltungen will die JU zum Aufbau in und zur Partnerschaft mit dem Osten Deutschlands beitragen. Helfen soll dabei das abgebildete Plakat.



# WIR HALTEN ZUSAMMEN.



Bestell-Nr.: 7435

Verpackungseinheit:

50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

30,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Versmold

Stand: 1. 5. 1991

## Statut

Finanz- und  
 Beitragsordnung  
 Parteigerichtsordnung  
 Geschäftsordnung  
 Parteiengesetz



Bestell-Nr.:

3363, Ver-

packungs-

einheit:

10 Exemplare

Preis pro

Verpackungs-

einheit:

14,— DM.

## Für weniger als 50 Pfennig

Das Näh-Etui mit  
 Heftpflaster.

Bestell-Nr.: 9407,

Verpackungseinheit:

50 Exemplare, Preis pro

Verpackungseinheit:

21,— DM.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Fit für Europa



### Europaschirm

Bestell-Nr.: 9439

Verpackungseinh.: 1 Expl., Preis je Schirm: 9,45 DM

### Euro-Punch-Ball

Bestell-Nr.: 9387

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Einheit: 14,— DM

### Euro-Shirt

Bestell-Nr.: 9390 (Größe L)

Bestell-Nr.: 9391 (Größe XL)

Bestell-Nr.: 9392 (Größe XXL)

Preis je Shirt: 17,50 DM

### Euro-Parkscheibe

Bestell-Nr.: 9814

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Einheit: 47,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

# UID

31/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.